

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verlagsort: Goltz, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Portogeld mit den wöchentlichen Beilagen
„Nach der Arbeit“ und „Voll und Zell“ für einen halben Monat 1 R.
Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schickung: Bettendorfer 10, Fernsprecher Nr. 25201. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettendorfer 10, Fernsprecher Nr. 25201 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundzeile: die 29 mm breite Komposition
30 Pf., die 90 mm breite Reklamzeile 1,50 R., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 R. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuch
40 Proz. Rabatt. Für Beilagenbelegung 10 Pf.

Nr. 152

Dresden, Sonnabend den 3. Juli 1926

37. Jahrg.

Der Reichstag ausgeschaltet

Vertagung bis November — Die Reichsregierung bleibt — Gesteigerter Zollwucher

Endlich ist es heraus, was unter den „Konsequenzen“ zu verstehen war, die der Innenminister Brügel am Dienstag im Reichstage ankündigte für den Fall, daß... Der Fall ist eingetreten. Die Sozialdemokraten haben den Wechselbalg von Abfindungsgelei in den Drusus geschleudert, und ein Aufatmen ging durch die ungeheuren Bahnen, die empört zusahen, wie die bürgerlichen Parteien mit diesem Gelei den Fürsten weitere Reichtümer aufhängen wollten. Die Sozialdemokratie sagte Nein, aber die Regierung löste weder den Reichstag auf, noch trat sie zurück, sondern sie vertagte das Parlament.

Dieser Ausgang des Kampfes um das Regierungsgelei ist für das Kabinett Marx alles andere denn ruhmvoll. Gätte Marx es auf die Abstimmung ankommen lassen, so hätte das Regierungsgelei nicht einmal eine einfache Majorität, geschweige denn eine Zweidrittelmehrheit erhalten. Die bürgerlichen Parteien atmen befreit. Seit dem Volksentscheid werden sie von der Wahllast geschüttelt. Wie schön für sie, daß auch Hindenburg der Meinung war, Neuwahlen seien jetzt nicht zweckmäßig. Die bürgerlichen Parteien wissen, daß sie sich in allen Fällen, da sie sich am Volke veründigt haben, auf den alten Herrn verlassen können.

Aber die Regierung holte sich noch eine andre Blamage: sie mußte die Verlängerung des Sperrgesetzes bis November zulassen. Die Klagen unserer lieben Landesväter ruhen also bis dahin. Auch hier wollte die Regierung ursprünglich anders. Aber die thüringische (halb deutsch-nationale!) Regierung machte dem Kabinett Marx klar, daß ohne Verlängerung der Sperrfrist die thüringischen Länder mit dem Reichskriegern von den Landesvätern aufgetrieben würden, ehe ein Reichstag wieder zu Hilfe eilen könnte.

Die Reichsregierung mußte ihren eigenen Abfindungsentwurf zurückziehen und wird ihn nun wahrscheinlich im Herbst, gewendet und frisirt, wieder einbringen. In den Demokratien des Westens könnte sich nach solchen Niederlagen keine Regierung halten. Die Auflösung des Parlaments wäre selbstverständlich. In der deutschen Aenderhube hilft man sich, indem man auf die Sozialdemokratie schimpft, die hier wieder einmal ein Gelei verhindert habe. Die Demokraten veröffentlichen eine Erklärung, in der sie die Sozialdemokratie beschuldigen. Man merkt an dem Vorgang wieder einmal, daß es noch Demokraten gibt, denn wenn ein Kampf um ernsthafte Entscheidungen eingeleitet hat, spürt man höchstens da und dort eine demokratische Presse, aber die Partei scheint wie vom Erdboden verschwunden zu sein. Die Sozialdemokratie wäre bereit gewesen, die Verantwortung nicht nur vor einer aufstrebenden Öffentlichkeit zu tragen, sondern auch den Wählern in die Augen zu sehen. Haben Demokraten und Zentrum dieselbe Meinung, so wäre der Sturz der Regierung noch jetzt durchzuführen. Aber vorläufig stimmen die beiden Parteien mit der Volkspartei und den Deutschnationalen noch rasch für die Erhöhung der Getreidezölle auf 5 R. Wenn sie das „positive Arbeit“ nennen, so bewahrt der Himmel das deutsche Volk vor der positiven Arbeit dieser Mittelparteien — von den rechten nicht zu reden!

Wie die Abfindungsfrage im Herbst ihre Lösung finden soll, ist heute noch nicht abzusehen. Unser Kampf zur Aufklärung der Volksmassen gegen dieses Verlagen der bürgerlichen Parteien, gegen diese nichthaltige Verbeugung vor dem Fürstengeheiß geht weiter. Wir dürfen nicht müde werden, das an den Arbeitslosen, den Rentnern, den kleinen Sparern bezogene schreiende Unrecht in den Mittelpunkt zu stellen und die Wahlberechnungen vorzubereiten, denen man auch mit Parlamentsvertretungen auf die Dauer nicht aus dem Wege gehen kann.

Der Brief Hindenburgs

Reichspräsident Hindenburg hat an Reichskanzler Marx einen Brief geschrieben, der die Reichstagsauflösung ablehnt. Dieser sonderbare und wie auf Befehl geschriebene Brief des Reichspräsidenten hat folgenden Wortlaut:
„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Ich wäre, daß das Kabinett angeht, daß es zu erwartenden Scheitern der Gesetzgebung über die Vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den Fürstentümern, über die Frage der Auflösung des Reichstages und die des Rücktritts der Reichsregierung bereit. Ich möchte Ihnen hierzu meine Auffassung dahin kundtun, daß ich mich zu einer Auflösung des Reichstages aus inneren, wie außenpolitischen Gründen zur Zeit nicht entschließen könnte, und daß ich aus denselben Gründen auch einen Rücktritt der Reichsregierung für unzulässig erachte. Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, wie die anderen Herren der Reichsregierung daher, von dem Gedanken einer Dimission Abstand zu nehmen.“

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Am Freitag vormittag war im Reichstag große Bewegung. Die Abgeordneten und Journalisten eilten in das Haus, um Neues über die Lage zu erfahren. Das Kabinett trat um 10 1/2 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Die Vollsitzung wurde von 1 Uhr auf 3 Uhr hinausgeschoben. Ab und zu tauchte der lahme Kopf Strejmanns in den Wandhallen auf, wo er eifrig mit diesem oder jenem Parteiführer verhandelte. Endlich, um 3 Uhr, wurde die Sitzung eröffnet. Es war schon allgemein bekannt, daß die drohend angefügten „Konsequenzen“ nicht gezogen werden würden, daß alles ein Schreckschuß bleiben würde. Das Haus war wie selten gefüllt, als Wels die Tribüne bestieg, um die sozialistische Erklärung zu verlesen. Während er mit erster Stimme Satz für Satz markant betonte, war allen klar, daß es die Sozialdemokratie ist, die diese Stunde beherrscht. Die Mittelparteien hören die sozialistische Erklärung respektvoll an. Nur da und dort wird ein leiser Widerspruch im Zentrum laut. Die Deutschnationalen lärmten, als Wels ihnen die Brutalität der deutschen Herrenkaste vorhält. Zueinander weifeln bei den Sozialdemokraten, als ihr Wortführer die Reichstagsauflösung fordert.

Dann geht Graf Westarp zur Tribüne. Die Kommunisten überschütteten ihn mit beleidigenden Zurufen: „Der erste Döffe im Fürstentum!“ — „Der Mann, der für das Strumpfgeschäft der Kaiserin sorgt!“ Westarp ist noch dreister als je. Er spricht von dem hochherzigen Entgegenkommen der Hohenzollern. Ein Hohenzollerner braut durch die Reihen der Linken. Als er sich erhebt, umfer Erklärung Unwahrscheinlichkeit vorzumerken, legt ihn ein Entrüstungsturm beinahe von der Tribüne. Ein sozialistischer Abgeordneter, der dem Deutschnationalen „Frecher Junker“ zuruft, zieht sich eine Rüge des Präsidenten zu. Dann wird die deutsch-nationale Erklärung der Form nach ledern, im Inhalt aber bleibt sie bemerkenswert. Denn sie ist ein einziges Anbieten an die bürgerlichen Mittelparteien, ein brünstiger Sehnüchterschrei der Deutschnationalen nach der Juterkette, wie sie sich auszudrücken belieben, wenn Sozialisten auf Regierungspöhlen sitzen.

Es folgt de- und wehmütig die Erklärung des Reichskanzlers Marx, daß die Reichsregierung das Fürstentumpromiß zurückziehe. Die Regierungsparteien bleiben stumm. Auch die Deutschnationalen schweigen. Die Linke ruft stürmisch „Auflösung“. Als der Reichskanzler resigniert sich setzt, kommt aus den Reihen der Linken stürmisches Gelächter. In der Tat, bei aller menschlichen

Hochachtung vor diesem Reichskanzler war dieser Tag für ihn und seine Regierung eine politische und moralische Niederlage, wie sie selten so blamabel eine Regierung vor dem Parlament erlebte. Damit war die Weiterberatung des Fürstengesetzes erledigt. Das Sperrgesetz wurde mit verfassungändernder Mehrheit in namentlicher Abstimmung bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen angenommen. In großer Bewegung eilen die meisten Abgeordneten aus dem Saal, um die politischen Folgen dieser Sitzung zu erörtern. Folgen freilich, die sich erst allmählich, aber sicher auswirken werden.

Republikanischer Richter ausgeschlossen!

D. Berlin, 3. Juli. (Eigener Auktispruch.) Die Berliner Ortsgruppe des Preussischen Richtervereins hat am Freitag den Führer des republikanischen Richterbundes, Kammergerichts-Senatspräsidenten Dr. Großmann, ausgeschlossen. Der Ausschluß wurde damit begründet, daß Großmann durch seine Forderung, nach der die Richter den Geist der Weimarer Verfassung in sich aufnehmen sollten, und durch seine Kritik an den republikanischen Urteilen in politischen Prozessen sich „vereinzwirgig“ betätigt habe.

Dieser Ausschluß ist bezeichnend für den Geist und die Annahme, die in den auf ihre Unabhängigkeit pochenden Richterkreisen herrschen. Die Richter wollen sich nicht den Geist von Weimar, das heißt den Geist der republikanischen Verfassung, zu eigen machen. Sie wollen sich nur von der Republik hoch und glänzend bezahlen lassen, aber auf Demokratie und Fortschritt pfeifen sie. Wer demnach aktiver Republikaner und Demokrat zu sein mag, den schließen sie brutal aus ihren Standesorganisationen aus und ächten ihn so viel und so gemein sie können. Diese Richter sind Fürstentümer und wollen monarchistisch bleiben. Solchen Herrschaften soll das Sondergericht für die Fürstentümer anvertraut werden! Sie kümmern sich den Teufel um Volkser Interessen. Jeden Fortschritt, jeden Weg zur Demokratie machen sie durch eine republikanische Rechtspredigt zunichte. Jede Anfeindung der Republik wird begünstigt, jede fortschrittliche Bewegung geschwächt. Eine derartige Justiz hat das deutsche Volk bisher ertragen müssen. Wie lange noch?

Der Zollwucher Skandal

Erhöhte Zölle für Getreide und Fleisch — Mißhilfe aller bürgerlichen Parteien

Am Freitag ist im Reichstag die Entscheidung gegen die sozialdemokratischen Bemühungen, die Zölle für Getreide usw. auf erträglicher Höhe zu halten, gefallen. Die bürgerlichen Parteien lehnten die sozialdemokratischen Anträge, die u. a. gemäß der Forderung sämtlicher Spitzengewerkschaften eine Verlängerung der bisher geltenden Zölle für Getreide bis zum 1. Dezember 1926 vorschlugen, ab und setzten sich für das zwischen den Regierungsparteien vereinbarte Zollkompromiß ein. Danach ergibt sich folgendes:

	Wideriger er- mächtigter Satz (in Reichsmark pro Doppelzentner)	Autonomer Satz	Kompromiß- satz
Roggen	3	7	5
Weizen	3,50	7,50	5
Traugerste	3	5	5
Futtergerste	3	7	2
Hafer	3	7	5
Lebensmittel	13	18	16
Fleisch	24	45	37,50

Damit haben die sozialdemokratischen Instinkte des Landbundes und der mit ihr verbundenen Regierung gesiegt. Die Folge wird für die Verbraucherpreise in Deutschland eine ganz empfindlich höhere Belastung sein. Wie sich die erhöhten Zölle auswirken werden, läßt sich schon an der seit Wochen zu beobachtenden Fleischpreissteigerung erkennen. Die Ausgaben der großen Verbraucherschichten für die Ernährung werden sich wesentlich steigern. Das bedingt aber eine weitere Einschränkung bei dem Kauf von anderen Waren. Damit tritt eine weitere Abschwächung ein, die naturgemäß zu Verschärfungen auf dem Arbeitsmarkt führen muß, weil die gegenwärtige Dauerkrise im Grunde genommen eine ausgeprägte Ab- und Preissturz ist. Die bürgerlichen Parteien haben in den letzten Tagen im Reichstag viel Weisens von ihrer moralischen und sozialen Pflicht gemacht, alle Kräfte zur Entspannung der Arbeitsmarktlage einzusetzen. Am Freitag aber haben sie geschlossen für die Zollerhöhungen gestimmt, die den Arbeits-

markt in dem Augenblick ganz erheblich weiterbelasten werden, wo an und für sich wieder eine weitere Zunahme der Erwerbslosigkeit festzustellen ist. Man kann es den bürgerlichen Parteien beiseite stellen, daß sie eine Politik ohne Sinn und Verstand und ohne jede volkswirtschaftliche Konsequenz betreiben, und wir sind neugierig, was die Arbeitermassen, insbesondere die christlichen und kirchlich-Dunderschen Gewerkschaften, zu der Haltung ihrer Vertreter im Reichstag sagen werden. Sowohl die christlichen als auch die kirchlich-Dunderschen Gewerkschaften haben sich für den Antrag der freien Gewerkschaften eingesetzt, die Zollerhöhungen bis zum 1. Dezember 1926 auszuführen. Um diesen Antrag, den sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu eigen gemacht hatte, ging zu guter Letzt der Kampf; er wurde mit Hilfe von Leuten, die die christlichen und die kirchlich-Dunderschen Arbeiter in den Reichstag gewählt haben, abgelehnt.

Das ständig steigende deutsche Preisniveau wird natürlich durch die Zollerhöhungen weiter in die Höhe getrieben werden. Wenn sich infolge der gesteigerten Lebenskosten eine weitere Wettbewerbsunfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Auslande und infolge davon die Notwendigkeit zu weiterer Arbeitseinschränkung ergibt, mögen sich die betroffenen christlichen und kirchlich-Dunderschen Arbeiter bedenken.

Die Haltung der bürgerlichen Parteien, insbesondere der Demokraten, kommt um so überraschender, als kein objektiver Grund für die Zollerhöhungen vorhanden ist. Die Regierung beruft sich allerdings darauf, daß sie hohe Zölle zu Kompensationszwecken bei den deutsch-polnischen und deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen nötig habe. Diese Argumentation kann nicht überzeugen, da man den Zweck auch mit andern Mitteln erreichen kann und es sich in der Vergangenheit gezeigt hat, daß die Zollüberhebung als Kompensation ohne Wert war. Andererseits kann man auch die oft berufene Notlage der deutschen Landwirtschaft nicht für